Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe April 2021

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche <u>Selbstverständnis</u> des <u>Redaktionsteams</u> sowie das <u>Impressum</u> mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de (Betr.:"BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- Editorial
- Bastian Barucker: Das große Gesetz des Friedens
- Wolf-Dieter Narr: Von den Indianern lernen. ...
- J. Sheehan: Wurzeln der revolutionären Gewaltfreiheit
- Michael Lüders: Erfindet Amerika sich neu? Wie ...
- Klaus Kohrs: Nord Stream 2: Besser fertigstellen!
- Helmut Ortner: Globaler Waffen-Wahn
- RTdeutsch: Russland und China lehnen gemeinsam "Hegemonie und Schikanen" ab
- Glenn Diesen: Partnerschaft von Moskau und Peking dient nicht nur der Eindämmung US-amerikanischer Aggression
- Erhard Crome: **Bedrohliche Verfeindung**
- Thomas Röper: China hat die absolute Armut besiegt
- K. Mahbubani: USA und China: Freunde oder Feinde?
- Th. Meyssan: Verhaftung der Diktatorin Jeanine Áñez
- R. Diego: Künstliche Intelligenz wird Erde nicht retten
- P. Moore: Positiver Einfluss der CO2-Emissionen ...
- Norbert Häring: ... Gesetz zur elektronischen ID abgeschmettert
- Bündnis Bürgerwille: Verfassungsbeschwerde gegen
 EU-Schulden
- Just Net Coalition: ... Gruppen widersetzen sich Plänen ... für globale digitale Governance
- D. Johnstone: Der große Vorwand ... für Anti-Utopie

Zitat des Monats von Linus Pauling:

Wenn der Mensch so viel Vernunft hätte wie Verstand, wäre alles viel einfacher.

V.i.S.d.P.: Christian Fischer, Markusplatz 12, 50968 Köln

Editorial

Wir beginnen diesmal mit einem interessanten Beitrag, der an die Geschichte der Ureinwohner auf dem Gebiet der USA erinnert. Hier haben im 12. Jahrhundert verschiedene verfeindete Nationen einen Friedensvertrag geschlossen, den sie über Jahrhunderte eingehalten haben. Im nächsten Beitrag würdigt Wolf-Dieter Narr die auf Konsens und Gemeinschaft ausgerichtete demokratische Lebensweise der Irokesen. Ebenfalls beispielhaft für bewusst gepflegte Gewaltfreiheit sind Traditionen in der Gemeinschaft der Schwarzen in den USA.

In der Gegenwart sind leider gegenteilige Realitäten zu verzeichnen. Michael Lüders ordnet Jo Biden in eine aggressive Tradition ein, die auch am Projekt Nord Stream 2 fortgeführt wird und sich in der massiven Aufrüstung des Westens (Beitrag Ortner) spiegelt. Dagegen versuchen Russland und China ihre Kooperation zu vertiefen; sie lehnen die US-Hegemonie und damit verbundene Schikanen ab. Sie sind untereinander und mit anderen eurasischen Staaten zumindest an wirtschaftlicher Kooperation und politischer Neutralität interessiert. Dazu arbeitet China auch mit anderen asiatischen Staaten an einem Währungsraum, der unabhängiger vom Dollar ist. Den Erfolg Chinas bei der Armutsbekämpfung zeigt Thomas Röper auf. Kishore Mahbubani fordert die Kooperation zwischen USA und China ein.

In der Praxis kämpfen die USA allerdings mit unlauteren Mitteln um "ihre" Rohstoffe, woran noch einmal anlässlich des Putsches in Bolivien erinnert wird. Lithium und andere Rohstoffe werden unter anderem für die Entwicklung Künstlicher Intelligenz gebraucht; damit verbundene Probleme inkl. eines hohen Energieverbrauchs schildert Raul Diego. Das leitet über zum Beitrag von Patrick Moore, Gründungsmitglied von Greenpeace (!), der die gegenwärtige CO2-Panik-Propaganda für stark übertrieben hält.

Vom Davoser WEF forcierte Digitalisierungsbestrebungen, die auch mit unkontrollierbarer Überwachung persönlicher Daten einhergehen (elektronische Identifizierungsdienste) wurden in der Schweiz durch eine Volksabstimmung zunächst blockiert. Ebenfalls erfreulich: In Deutschland erhebt ein 'Bündnis Bürgerwille' Verfassungsbeschwerde gegen die EU-Schuldenpolitik und hat ein von Bundestag und Bundesrat schon beschlossenes Gesetz zunächst gestoppt. Eine große Koalition von zivilgesellschaftlichen Gruppen fordert den Rückzug eines UN-Projektes zur "Globale Digital Governance". Bestrebungen in dieser Richtung, die vom Davoser WEF forciert werden, diskutieren Diana Johnstone und als Reaktion darauf auch Christian Fischer.

Inhalt û

• Bastian Barucker: Das große Gesetz des Friedens

Um eine mögliche Antwort auf die Frage zu finden, wie wir wirklich zu einem besseren gemeinsamen Leben gelangen, hat sich Bastian Barucker mit der ursprünglichen naturverbundenen Lebensweise des Menschen und dabei mit der Doktorarbeit von Thomas Wagner "Irokesen und Demokratie" auseinandergesetzt, die auch als Buch erhältlich ist. Darin hat der Soziologe Wagner herausgearbeitet, dass es in den ursprünglich in Nordamerika miteinander verbündeten indigenen Nationen kein Militär und keinen aufgeblasenen Regierungsapparat, keine Unterdrückung oder Herrschaft gab. Der Versuch, jemand anderen von der eigenen Religion oder dem eigenen Weltbild zu überzeugen, galt als starker Affront. Jede Person war natürlicherweise mit freiheitlichen Rechten und Souveränität über die eigene Lebensführung ausgestattet. Das war

nicht immer so. Einem Friedenstifter gelang es im 12. Jh., dass die Waffen begraben wurden und das 'Große Gesetz des Friedens' gegründet wurde, das Exekutive, Legislative und Judikative enthielt. Ein wichtiges Fundament der sich ausbildenden Gesellschaftsform bildeten der Konsens, die Gleichberechtigung für Mann und Frau und die Meinungsfreiheit. Die europäischen Siedler waren von der Konföderation der Sechs Nationen der Indigenen und ihrer föderalen Struktur und ihrem Verständnis von Freiheit und Souveränität beeindruckt. Ihre Begeisterung scheint so groß gewesen zu sein, dass sie in Form aufklärerischer Gedanken und Ideen ihren Weg zurück nach Europa fand.

Barucker erinnert sich an den Satz eines indigenen Ältesten: "Du bist nur so lange unschuldig, so lange du nicht weißt." Er gibt uns dessen Konsequenz mit auf den Weg: "In dem Augenblick, wo ich um Dinge weiß, die der Gemeinschaft dienen können, ist es auch meine Verantwortung, diese Dinge in Handlungen zum Ausdruck zu bringen." Oder: "Das Wissen steckt im Tun!"

<u>Bastian Barucker</u>, ist Wildnispädagoge und Prozessbegleiter. Seit über 15 Jahren begleitet er Menschen bei ihrer Reise in die innere und äußere Natur. In einer Gruppe hat er ein Jahr in der nordamerikanischen Wildnis verbracht. Er unterhält einen <u>Blog</u> (Red.)

Inhalt 11

• Wolf-Dieter Narr: Von den Indianern lernen. Ein Irokesenschnitt weltweiter Verfassungen - eine dringende Lektion am Beginn des 21. Jahrhunderts

Eine Vorgeschichte und Geschichte der USA ohne aktiven Part der Indianer kann nicht geschrieben werden. Thomas Wagner arbeitet in seinem Buch "Irokesen und Demokratie" vor allem heraus, wie sehr die Irokesen in der Zeit der vorrevolutionären englischen Kolonien bis zum Prozess der nordamerikanischen Verfassung Begriff und Praxis des späteren US-amerikanischen Föderalismus durch ihr lebendes Vorbild mitgeformt haben. Das gelebte friedliche Neben- und Miteinander der Irokesenstämme und ihre 'Diplomatie des Konsens' waren demokratieentscheidend. Angehäufte Besitztümer gab es nicht. In dieser Diplomatie hieß es, alle Probleme diskutierend (Palaver) zu lösen. Dort, wo keine übereinstimmende Lösung möglich ist, wurde stets entschieden, nicht zu entscheiden. Bleibt die umstrittene Sache von Interesse, wird sie erneut debattiert.

Wagner hilft mit, eine nicht nur in den USA vorherrschende Wahrnehmung zu korrigieren. Die Irokesen beeinflussten die 'revolutionäre' Verfassung der USA durch ihr Vorbild, indem sie Kants Utopie des "Ewigen Friedens" vorlebten. Dabei trafen sie Vorkehrungen, um herrschaftlich besetzbare Ungleichheiten, wie z.B. in Sanktionsmitteln, zu verhindern. Ihre Bedarfswirtschaft war nicht auf Wachstum ausgerichtet. In den Produktionsverhältnissen war weder eine soziale, noch eine geschlechtliche Teilung erlaubt. Das ökonomische Gleichgewicht basierte auch auf der geringen Bevölkerungszahl. In dieser Ökonomie spielten individualistisch privatisierte Interessen keine Rolle. Eigentum/Besitz gab es nur im Sinne der für alle zugänglichen Allmende und der dauernden Umverteilung individuell erworbener Güter. Das Selbstbewusstsein der Irokesen deckte sich von Kindesbeinen weitgehend mit dem Gemeinschaftsbewusstsein, was durch Zeremonien betont wurde.

Laut der Rezension des Buches von Wagner lohnt es sich angesichts der strukturellen und funktionellen Unfähigkeit der "repräsentativen Demokratien" und deren unter dem Deckmantel des demokratischen Anspruchs praktizierten repressiven Anmaßung und Kontrolle, sich an die von den Irokesen gelebte Kunst demokratisch nötiger Langsamkeit zu erinnern und anzufangen daran zu arbeiten, funktionstüchtige Demokratien zu bauen.

<u>Heike Bungert</u> gibt in ihrem Buch "<u>Die Indianer</u> – … " eine Gesamtdarstellung der Geschichte der indigenen Kulturen Nordamerikas; sie schildert darin auch die Begegnung der Indianer mit den Euroamerikanern, die Vertreibung und den Versuch der Zerstörung indigener Gesellschaften, aber auch den Widerstand der Indianer. Ein besonderes Augenmerk richtet ihre kenntnisreiche Darstellung auf die bis heute schwierige Koexistenz zwischen dem Staat der USA und den Angehörigen der indigenen Nationen. (Red.)

<u>Wolf-Dieter Narr</u>, 1937-2019, Politikwissenschaftler, Aktivist und Menschenrechtler war von 1971 bis 2002 war er Professor für die empirische Theorie der Politik am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin und langjähriger Sprecher des <u>Komitees für Grundrechte und Demokratie</u>. (Red.)

Inhalt û

• Joanne Sheehan: Die Wurzeln der revolutionären Gewaltfreiheit in den Vereinigten Staaten liegen in der Gemeinschaft der Schwarzen

Die grenzüberschreitende Solidarität zwischen schwarzen und weißen christlichen Geistlichen in den USA sowie indischen Aktivisten, die für die Unabhängigkeit von der britischen Kolonialherrschaft kämpften, führten Philosophien und Strategien der revolutionären Gewaltfreiheit in die USA ein. Diese Arbeit wurde zum Fundament der Bürgerrechtsbewegung. In den 1930er Jahren veröffentlichten Schwarze erstmals Berichte der indischen Befreiungsbewegung. Schwarze Führer fuhren nach Indien, um Gandhi kennenzulernen. Diese wurden zu Ratgebern für viele Bürgerrechtsführer in den USA. Die Führung der Schwarzen wurde durch eine Gruppe schwarzer Freiheitsaktivisten und antirassistischen Pazifisten darin gestärkt, der staatlich geförderten Rassentrennung und -diskriminierung ein Ende zu setzen. Es kam zu vielfältigen gewaltfreien Kampagnen.

Zwar verlangsamte der Zweite Weltkrieg den Prozess der gewaltfreien Aktionen für Rassengerechtigkeit, doch setzten viele der schwarzen und weißen Kriegsdienstverweigerer im Gefängnis ihre Arbeit fort. Und eine Gruppe jüngerer schwarzer Anführer betrat die Szene und stärkte und verbreiterte die Bewegung. In der wachsenden Bewegung spielte u.a. Martin Luther King bei der Vermittlung des grundlegenden Gedankenguts und einzelne Aktionen eine wichtige James Lawson, Rolle. Kina und andere ermutigten auch der die erfolgreichen Unabhängigkeitsbestrebungen der indischen Bewegung aus erster Hand lernte, die Schulung junger Führer in gewaltfreier Disziplin und Strategie zu übernehmen. So war es möglich, dass viele Schwarze jeden Alters und Geschlechts bei der Einführung und Entwicklung der revolutionären Gewaltfreiheit in der westlichen Welt eine Rolle gespielt haben.

Es gibt zwei als Buch erhältliche Lebensgeschichten von Afroamerikanern. Lawrence Elliott schrieb mit "Der Mann, der überlebte - George W. Carver - eine faszinierende Lebensgeschichte" ein historisch höchst interessantes und menschlich sehr anrührendes Buch, das Carvers steinigen Lebensweg beschreibt; Dem in einer Sklavenhütte aufgewachsenen Carver ist es u.a. gelungen, den ausgemergelten amerikanischen Süden vom vielfältigen Nutzen des Erdnussanbaus zu überzeugen und ein besseres Verständnis zwischen den Rassen zu ermöglichen. Kuwana Haulsey bringt uns in "Der Engel von Harlem: Die Lebensgeschichte der ersten farbigen Ärztin in New York" die spannende Lebensgeschichte von May Chinn nahe, die als Farbige ein Musikstudium nicht hätte erfolgreich abschließen dürfen und sich daher als Ärztin ausbilden ließ; Chinn führt dann einen leidenschaftlichen Kampf für die Ärmsten in Harlem, wo sie sich auch für die Rechte der Farbigen einsetzte.

Joanne Sheehan ist eine langjährige Friedensaktivistin und ehemalige Vorsitzende von 'War Resisters International'. Sie hält auf der ganzen Welt Vorträge über Gewaltfreiheit und soziale Verantwortung und ist seit den 1970er Jahren Trainerin für Gewaltfreiheit. (Red.)

Inhalt û

• Michael Lüders: Erfindet Amerika sich neu? Wie Washington unter Joe Biden die Welt sieht

Der Nahostexperte Michael Lüders setzt uns im Video (ab 6m15 bis 52m15) die <u>Sicht der Welt durch Washington unter Joe Biden</u> auseinander. Eingangs geht er auf die Glorifizierung der USA bzw. der Transatlantiker durch die Heinrich-Böll-Stiftung ein. Die darin stattfindende Betonung des Militärischen und Ausrichtung auf die USA wird It. einer Umfrage des CFR (Council on Foreign

Relations) von der Bevölkerung aber nicht geteilt. Für Lüders steht bei den USA die Machtpolitik im Vordergrund, wozu sich die Führenden über das Völkerrecht stellen, und wobei Deeskalation nicht gefragt ist: "USA ist kein gemeinnütziger Hegemon, sondern ein Imperium".

Joe Bidens Außenpolitik orientiert sich nach Lüders an Barack Obama. Daher habe Biden auch recht viel Personal in seiner Mannschaft, das schon in der Obama-Regierung aktiv gewesen sei, u.a. Antony Blinken. D.h. die Politik im Nahen Osten werde sich nicht ändern (17m25 bis 34m34). Dann stellt Lüders den Einfluss des militärisch-industriellen Komplexes und dessen ausgeprägte Vernetzung mit dem politischen Personal dar. Dieser Komplex ist auch in den außenpolitischen Denkfabriken vertreten und äußert offen, dass es derzeit um einen "Third Reset" (dritten Ausgleich) gegenüber China geht, bei dem ggfs. auch Blitzkriege eingesetzt werden könnten (34m25 bis 44m34; siehe auch Ausschnitt).

Angesichts solch einer bedrohlichen Entwicklung in Washington findet Lüders, dass die Europäer gut beraten wären, sich selbst zu überlegen, was für sie gut ist. Denn eine militärische Option gegen Iran oder Russland oder China sollte uns zu denken geben – außer wir wollten "gemeinsam mit den USA in den Sonnenuntergang gehen".

<u>Michael Lüders</u>, Jg. 1959, beschäftigt sich seit seiner Ausbildung mit der arabischen Welt, mit dem Nahen Osten und Zentralasien. Er hat dazu in verschiedenen Medien analysiert, berichtet und kommentiert sowie Expertisen für GIZ, BMZ und Auswärtiges Amt abgegeben. Präsident der 'Deutsch-Arabischen Gesellschaft' in Nachfolge von Peter Scholl-Latour. Roman- und Sachbuchautor. (Red.)

Inhalt û

Klaus Kohrs: Nord Stream 2: Besser fertigstellen!

Klaus Kohrs setzt uns die geopolitische Bedeutung der Erdgas-Pipeline 'Nord Stream 2' und die Bedeutung des Erdgases als Brennstoff für eine sichere Energieversorgung Deutschlands auseinander. Klimapolitisch hat die Pipeline keine Bedeutung, da sich der Erdgasverbrauch durch sie nicht signifikant erhöhen wird. Wie es mit den CO2-Emissionen und dem Klimaschutz weitergeht, hängt einzig und allein davon ab, wie schnell wir Solar- und Windstromerzeugung und die dazu notwendige Infrastruktur (Netze und Speicher) ausbauen. Kohrs geht davon aus, dass wir fossile Energieträger noch 15 bis 20 Jahre benötigen und auf entsprechende Gasimporte angewiesen sein werden. Erdgas wird der fossile Energieträger sein, der zuletzt ersetzt wird. Vielleicht verbrauchen wir davon noch etwas mehr, wenn durch die Abschaltung von AKWs und Kohlekraftwerken eine Versorgungslücke entsteht, die nicht sofort durch erneuerbare Energie geschlossen werden kann.

Bei ihrem Kampf gegen 'Nord Stream 2' geht es den USA nicht um die europäische Energiesicherheit, denn die Russen haben ihre seit 50 Jahren andauernden Gaslieferungen nie als politisches Druckmittel benutzt. Es geht dabei auch nicht um Klimaschutz, denn fossile Brennstoffe sind für noch mindestens zwei Jahrzehnte unersetzlich, und für eine unterbrechungsfreie Stromversorgung noch länger. Für Thomas Röper geht es den USA darum, auf dem europäischen Markt ihr Frackinggas als Flüssiggas absetzen zu können. Dabei haben die USA übersehen, dass Russland 2020 erstmals mehr Flüssiggas verkauft haben als die USA. Für den Flüssiggas-Export baut Russland in der Arktis riesige Terminals und eine neue Stadt im Eis.

Inhalt û

• Helmut Ortner: Globaler Waffen-Wahn

Die weltweiten <u>Ausgaben für Rüstungsgüter sind 2019 auf den höchsten Stand</u> seit 1988 gestiegen. Auf die USA entfallen nach einer deutlichen Steigerung mit 732 Mrd. US-Dollar 38%. Auch Deutschlands Militärausgaben stiegen gegenüber dem Vorjahr um 10%, auf 49,3 Mrd. US-Dollar. Der SIPRI-Bericht dokumentiert: Insgesamt gaben die 29 NATO-Mitglieder im Jahr 2019

rund 1'035 Mrd. US-Dollar aus. Deutlich gesteigert hat auch China seine Militärausgaben: 261 Mrd. US-Dollar. Damit liegt es weltweit mit 14% auf Rang zwei hinter den USA. Auch Indien erhöhte seine Rüstungsausgaben 2019 um knapp 7% auf 71,1 Mrd. US-Dollar. Die Länder Südamerikas gaben zusammen rund 53 Mrd. US-Dollar, die Länder in Südostasien rund 41 Mrd. US-Dollar und die Länder Afrikas insgesamt knapp über 42 Mrd. US-Dollar aus. Der internationale Waffenhandel ist von 2015 bis 2019 um gut 5%, im Vergleich zu 2005 bis 2009 sogar um 20% gewachsen.

Die meisten Waffen verkauften US-Unternehmen, gefolgt von China. Deutschland gehört zu den fünf Staaten, deren Exporte über drei Viertel des globalen Handels mit Kriegsgerät ausmachen. Helmut Ortner stellt fest: "Die Welt rüstet weiter auf. [...] Immer wieder begründen Staaten Waffenkauf und Waffenexporte damit, dass sie der regionalen und globalen Stabilität dienten. Aufrüsten als Abschreckungseffekt, der potenzielle Angreifer von einem Waffengang abhält und möglicherweise dazu veranlasst, in einen Dialog zu treten. Realistische Weltsicht oder frommer Wunsch?" – Zumindest im Westen nimmt die militärische Aufrüstung zur Führung von Weltraumoperationen deutlich zu.

<u>Helmut Ortner</u>, Jg. 1950, ist Journalist, freier Autor, Sozialpädagoge und Publizist. Seit 1978 veröffentlich er außerdem zahlreiche Bücher mit internationalem Erfolg. (Red.)

Inhalt û

RTdeutsch: Peking: Russland und China lehnen gemeinsam "Hegemonie und Schikanen" ab

Das chinesische Außenministerium hat am 22.03.2021 die vielen Gemeinsamkeiten Russlands und Chinas in internationalen Fragen unterstrichen. Peking stimme der Aussage Lawrows zu, China und Russland müssten angesichts der Versuche des Westens und der USA, sich unter dem Vorwand der Demokratie und Menschenrechte in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen, ihre Zusammenarbeit und die Multipolarität stärken. Der Besuch Lawrows diene dazu, die gute Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen China und Russland weiter zu stärken und die beiden Staaten in ihrer strategischen Zusammenarbeit in internationalen Fragen noch näher aneinander zu bringen.

Sergej Lawrow bekräftigt bei seinem Besuch die Sicht Chinas zur Zusammenarbeit aber auch die Sicht, dass die Absichten der USA einen destruktiven Charakter im Hinblick auf die UNorientierte völkerrechtliche Architektur haben. Bei dem Besuch haben die Außenminister der beiden Länder "eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der die Ansichten Russlands und Chinas zu solchen akuten Fragen wie Demokratie, Menschenrechte, Völkerrecht und die Notwendigkeit der kollektiven Vorgehensweisen bei der Lösung von globalen Problemen widerspiegelt wurden".

Inhalt û

Glenn Diesen: Partnerschaft von Moskau und Peking dient nicht nur der Eindämmung USamerikanischer Aggression

Glenn Diesen geht davon aus, dass in der strategischen Partnerschaft zwischen Russland und China das historische Misstrauen erhalten bleibt. Aber <u>die beiden Mächte werden ein Groß-Eurasien als multipolare Region schaffen</u>, das eine Antwort auf die von den USA angestrebte globale Dominanz darstellt. Dabei werden Russland und China mit unterschiedlichen Visionen an das Projekt herangehen. Weitere Mächte in Eurasien, wie z.B. Japan, sind daran interessiert, dass sich Russland nicht nur China zuwendet, sondern ihnen gegenüber weiterhin eine neutrale Haltung bewahrt, die wirtschaftliche Beziehungen möglich macht. Auch Frankreich und Deutschland erkennen, dass eine weitere Hinwendung Russlands zu China Europa schwächen würde. Da sich

die USA nicht mit einer multipolaren Weltordnung arrangieren wollen, werden Russland und China ihre Zusammenarbeit vertiefen und Institutionen für eine eurasische Großregion aufbauen.

<u>Glenn Diesen</u> ist Professor an der 'University of South-Eastern Norway' und Redakteur bei der Zeitschrift' Russia in Global Affairs'. Sein Schwerpunkt: politische Ökonomie von Groß-Eurasien. (Red.)

Inhalt û

• Erhard Crome: Bedrohliche Verfeindung

Erhard Crome legt dar, dass die einseitigen Sanktionen von USA und EU als außenpolitisches Instrument nicht taugen, sondern vor allem Kindern und Zivilpersonen schaden. Um Russland vor der Pleite zu bewahren, habe China seine gewaltigen Devisenreserven eingesetzt. Um besser gegen solche Sanktionen gewappnet zu sein, arbeitet Chinas Zentralbank derzeit mit Thailand und den 'Vereinigten Arabischen Emiraten' an einem asiatischen Digitalwährungsprojekt, das die Rolle des US-Dollar als Weltreservewährung unterminiert. Crome sieht die Sanktionswaffe stumpf werden und empfiehlt dem Westen, mit Russland ohne Vorbedingungen und im Geiste des Friedens eine stabile Kooperation aufzunehmen, statt nur das eigene Interesse an der Erhaltung der US-Hegemonie und dazu einen Regime-Wechsel in Moskau zu verfolgen. Denn die russische Elite werde sich diesem Ziel verweigern. Crome sieht sich dabei in voller Übereinstimmung mit dem früheren Generalstabsoffizier Walter Schilling.

<u>Erhard Crome</u>, Jg. 1951, ist als Politikwissenschaftler Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen bei internationalen Entwicklungen, Frieden und Sicherheit, Europapolitik, Systemwechsel in Osteuropa und Geschichte der DDR. (Red.)

Inhalt û

• Thomas Röper: China hat die absolute Armut besiegt

China hatte sich das Ziel gesetzt, alle Chinesen aus der Armut zu holen, und hat <u>in 40 Jahren tatsächlich 770 Millionen Chinesen aus der absoluten Armut geholt</u>. So konnte nun China offiziell verkünden, die absolute Armut besiegt zu haben. Absolut arm ist in China, wer von weniger als 1,70 Dollar pro Tag leben muss; das ist weniger als der von der Weltbank vorgegebene Standard. Allein in den letzten acht Jahren hat China fast anderthalb Billionen Dollar allein in die Armutsbekämpfung investiert.

<u>Thomas Röper</u>, Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite <u>www.anti-spiegel.ru</u>, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

Inhalt 11

• Kishore Mahbubani: USA und China: Freunde oder Feinde?

Der in Singapur lebende Kishore Mahbubani sieht in der Präsidentschaft von Joe Biden <u>zwar</u> <u>eine Änderung des Tonfalls gegenüber China</u>, aber der Wettstreit zwischen den beiden Mächten werde weitergehen. Die dafür verantwortlichen strukturellen Kräfte sieht Mahbubani

- > in dem Willen der USA, die Macht Nummer Eins bleiben zu wollen,
- > in der westlichen Furcht vor der "gelben Gefahr" und

> in dem US-Konsens, China habe die USA im Stich gelassen, indem es keine Demokratie wurde.

Angesichts dieses sich verschärfenden Wettstreits sollte der Rest der Welt, so Mahbubani, deutlich sagen, dass der mit der massiven wirtschaftlichen Rezession einhergehenden Zunahme der Armut nur durch eine Zusammenarbeit der beide größten Volkswirtschaften begegnet werden kann. Auch die Erderwärmung kann nur durch diese Zusammenarbeit aufgehalten werden. Mahbubani kommt zu dem Schluss, dass dieser Wettstreit das Leben der Menschen auf diesem Planeten stört.

<u>Kishore Mahbubani</u>, Jg. 1948, lehrt Politikwissenschaft an der 'National University of Singapore'. Zuvor war er im diplomatischen Dienst seines Landes tätig, u.a. als Botschafter in Kambodscha, Malaysia, USA und der UNO in New York. Er ist Mitglied zahlreicher internationaler Think Tanks, darunter des 'International Institute for Strategic Studies' in Washington. (Red.)

Inhalt û

• Thierry Meyssan: Verhaftung der Diktatorin Jeanine Áñez

Nach den Enthüllungen des Historikers Mark Curtis und des Journalisten Matthew Kennard über die Organisation des Sturzes von Präsident Evo Morales (2019) wurde die <u>ehemalige Präsidentin Boliviens</u>, <u>Jeanine Áñez</u>, <u>am 13.03.2021 verhaftet</u>. Sie wird beschuldigt, die Präsidentschaft mit Hilfe einer ausländischen Macht illegal übernommen und eine Diktatur errichtet zu haben, um die Lithiumreserven des Landes ihren Auftraggebern zu überlassen.

Die Welt war seit Ende des 19. Jahrhunderts an Ölkriege gewöhnt. Im 20. Jahrhundert beginnen Kriege für das Lithium; ein Leichtmetall, das für die Akkus für Mobiltelefone, aber vor allem für Elektroautos unerlässlich ist. In Dokumenten des Auswärtigen Amtes, die von dem britischen Historiker Mark Curtis und dem Journalisten Matthew Kennard unter freigegebenen Dokumenten des 'Foreign Office' gefunden wurden, wird bestätigt, dass Großbritannien den Sturz des bolivianischen Präsidenten Evo Morales im Jahre 2019 organisiert hat, um die Lithiumreserven des Landes zu rauben.

Die Obama-Regierung hatte bereits 2009 einen Staatsstreich versucht, der von Präsident Morales niedergeschlagen wurde, was zur Ausweisung von mehreren US-Diplomaten und Beamten führte. Unmittelbar nach dem Staatsstreich half die interamerikanische Entwicklungsbank (IADB) mit Sitz in Washington, britische Projekte zu finanzieren. Im Vorfeld des Putsches hat das 'Foreign Office' eine Karte mit den Lithiumreserven und eine Studie zur "Optimierung der Erforschung und Produktion von bolivianischem Lithium mit britischer Technologie" erstellen lassen. In Bolivien hat der britische Botschafter die Ustascha-Kroaten, die die Operation vordergründig durchführten, durch Sponsoring für seine Dienste gewonnen. Über den Umweg eines Seminars über Computersicherheit, veranstaltet von einer vom britischen Heimatschutz geführten Firma, wurde die Operation digital vorbereitet. Laut Curtis und Kennard beteiligten sich die USA nicht als solche an der Verschwörung; aber Beamte, die die CIA dafür verließen, halfen mit, die Operation vorzubereiten. Die meisten Mitarbeiter der Operation waren Briten.

<u>Thierry Meyssan</u>, <u>Jg. 1957</u>, französischer Intellektueller, Präsident und Gründer des 'Réseau Voltaire' und der Konferenz 'Axis for Peace'. Er veröffentlicht Analysen über ausländische Politik in der arabischen, lateinamerikanischen und russischen Presse. (Red.)

Inhalt û

• Raul Diego: Flucht aus der Singularität: Warum Künstliche Intelligenz den Planeten nicht retten wird

Das US-Gesetz über die Initiative im Bereich der Künstlichen Intelligenz (National Artificial Intelligence Initiative Act - NAIIA) wurde am ersten Tag des Jahres 2021 in Kraft gesetzt. Für den 'Director of Engineering' bei Google werden damit nicht nur die beträchtlichen Ausgaben für KI-

Forschung und KI-Entwicklung nun gesetzlich geregelt, sondern damit mache die US-Regierung geistiges Eigentum zu einer Angelegenheit der nationalen Sicherheit und gehe dazu eine Symbiose mit den bei KI führenden US-Unternehmen ein. Dieser Schritt sei erfolgt, obwohl inzwischen belegt sei, dass die KI die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen kann. Z.B. sei der Energiebedarf für die Entwicklung und den Betrieb von KI-Modellen so hoch, dass er die Emissionen unseres heutigen Lebensstils in den Schatten stellen werde.

Raul Diego ist unabhängiger Fotojournalist, Rechercheur, Autor und Dokumentarfilmer. (Red.)

Inhalt û

Patrick Moore: Der positive Einfluss der menschlichen CO2-Emissionen auf das Fortbestehen des Lebens auf der Erde

Der weit verbreiteten Überzeugung, dass CO2-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe zur Energiegewinnung eine Bedrohung für das Klima der Erde darstellen und dass die Mehrheit der Arten, einschließlich der menschlichen Spezies, stark darunter leiden werden, wenn diese Emissionen nicht drastisch eingeschränkt oder sogar eliminiert werden, widerspricht Patrick Moore. Moore hat Greenpeace mitbegründet, diese aber nach über 15 Jahren verlassen. Er bietet eine radikal andere Perspektive, die auf der geologischen Geschichte von CO2 basiert. Für Moore gilt:

CO2 ist einer der wichtigsten Nährstoffe für das Leben auf der Erde. Es hat sich während der letzten großen Eiszeit im Pleistozän gefährlich niedrigen Werten genähert. Die menschlichen CO2-Emissionen könnten das Verhungern und Aussterben der meisten Lebewesen auf dem Planeten aufgrund eines CO2-Mangels abwenden. Dies ist nicht in erster Linie eine Diskussion über den möglichen Zusammenhang zwischen CO2 und der globalen Erwärmung oder dem Klimawandel, obwohl er erwähnt werden muss. Es gibt viele Diskussionen zu diesem Thema, und es ist sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik heftig umstritten. Es ist unbestritten, dass sich das Klima in den letzten 300 Jahren seit dem Höhepunkt der Kleinen Eiszeit erwärmt hat. Es steht auch außer Frage, dass CO2 ein Treibhausgas ist und dass die Emissionen, wenn sie gleichbleiben oder ansteigen, zu einer gewissen Erwärmung führen würden. Dennoch gibt es keinen definitiven wissenschaftlichen Beweis, dass CO2 ein wesentlicher Faktor ist, der das Klima in der realen Welt beeinflusst. Das Klima der Erde ist ein chaotisches, nichtlineares, variantenreiches System mit vielen unvorhersehbaren Rückkopplungen, sowohl positiver als auch negativer. In erster Linie geht es hier um die Rolle des atmosphärischen CO2 bei der Aufrechterhaltung des Lebens auf der Erde und um die positive Rolle der menschlichen Zivilisation bei der Verhinderung eines CO2-Abwärtstrends auf ein Niveau, das die Existenz des Lebens bedroht.

<u>Patrick Moore</u>, Jg. 1947 ist ein kanadischer Umweltschützer und Gründungsmitglied von Greenpeace. Er war neun Jahre lang Präsident von 'Greenpeace Kanada' und sieben Jahre lang Direktor bei 'Greenpeace International', inzwischen jedoch Kritiker dieser Umweltschutzorganisation. (Red.)

Inhalt 1ि

Norbert Häring: Die Kraft der direkten Demokratie: Gesetz zur elektronischen ID abgeschmettert

In der Schweiz kann die Bevölkerung über umstrittene Gesetze abstimmen, und sie hat beim Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (EID-Gesetz) davon Gebrauch gemacht. Das Gesetz, das die ID2020-Agenda in der Schweiz maßgeblich vorangebracht hätte, wurde mit einer Mehrheit von 64,4 % abgelehnt.

Hintergrund war das Projekt des Davoser Weltwirtschaftsforums 2018, wo in Zusammenarbeit mit der 'US Homeland Security' das Pilotprojekt "The Known Traveller Digital Identity" vorgestellt wurde. Damit sollten letztlich alle international reisenden Weltbürger genötigt werden, Daten über

sich zu sammeln und diese bei Grenzübertritten "freiwillig" herauszugeben. Unter dem Namen ID2020 wollen die US-Konzerne, die die digitale Welt dominieren, die nationalen Regierungen als Instanz zur Ausgabe von Identitätsbescheinigungen weitgehend ablösen. "Globale Weltbürgerschaft" heißt das im Titel des Aufsatzes einer leitenden Weltbank-Managerin. Identität ist dabei aber weit über ein übliches Ausweisdokument hinausgehend zu verstehen; sie beinhaltet alles, was es an Interessantem über eine Person, ihre Aktivitäten und ihre Vorlieben zu wissen gibt. Die Schweizer haben dieses Projekt nun in direkter Abstimmung deutlich abgelehnt.

Alle, die sich noch weiter in das Thema vertiefen wollen, empfehlen wir die Artikel von <u>Häring</u> und der <u>taz</u>. – Das Projekt, dessen Ziel und Auswirkungen Häring ausführlich darstellt, ist damit jedoch nicht aus der Welt. Auch bei uns gibt es weiterhin Bestrebungen zu seiner Realisierung. (Red.)

Norbert Häring, Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

Inhalt 1

• Bündnis Bürgerwille: 2281 Bürger erheben Verfassungsbeschwerde gegen EU-Schulden

Im Namen von mehr als 2'200 Bürgern hat der gemeinnützige Verein 'Bündnis Bürgerwille' beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen die Ausfertigung eines Gesetzes eingelegt, mit dem Deutschland gesamtschuldnerisch für 750 Mrd. Euro Schulden der EU haften soll. Damit sollen nicht die durch Corona bedingten Ausgaben der EU in Frage gestellt werden, sondern die supranationale Haftung, mit der jede Nation, hier also konkret Deutschland, ggf. für den Gesamtbetrag einstehen muss. Das dafür erforderliche "Eigenmittelbeschlussratifizierungsgesetz" hatten CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne im Bundestag bereits verabschiedet. Nachdem die Absicht einer Verfassungsbeschwerde durch einen FAZ-Artikel bekannt wurde, haben sie dieses Gesetz in einer Nacht- und Nebelaktion ohne Vorankündigung auch durch den Bundesrat gebracht. Durch die dann umgehend eingereichte Verfassungsbeschwerde des 'Bündnisses Bürgerwille' wurde nun zunächst verhindert, dass der Bundespräsident das Gesetz unterzeichnen darf.

Bundesverfassungsgericht: <u>Hängebeschluss zur Ausfertigung des Eigenmittelbeschluss-Ratifizierungsgesetzes</u>. Der Bundespräsident muss die Entscheidung in der Sache durch das BVerfG abwarten.

Das '<u>Bündnis Bürgerwille</u>' führt Menschen zusammen, die die Überzeugung eint, dass Rechtsstaatlichkeit ein hoher Wert ist. Das Bündnis ist gemeinnützig und allein über Spenden finanziert: <u>Bündnis Bürgerwille e.V.</u>, Volksbank RheinAhrEifel, IBAN DE57 5776 1591 0415 6723 00. (Red.)

Inhalt 11

• Just Net Coalition: Mehr als 170 Zivilgesellschaftliche Gruppen widersetzen sich Plänen für ein von Big Tech dominiertes Gremium für globale digitale Governance

Mehr als 170 Zivilgesellschaftliche Gruppen fordern das Büro des UN-Generalsekretärs auf, den Vorschlag für ein hochrangiges Multi-Stakeholder-Gremium für "Digitale Zusammenarbeit" sofort zurückzuziehen, da es faktisch zum Gremium für "Globale Digitale Governance" werden würde. Dadurch würde die ohnehin schon viel zu große Macht der Technologie-Giganten noch weiter ausgebaut und es ihnen gleichzeitig ermöglicht, sich einer effektiven Regulierung sowohl auf globaler als auch auf nationaler Ebene zu entziehen.

Am Ende wird von den Gruppen "ein wirklich demokratisches System für die globale digitale Governance" eingefordert, um die Interessen von Unternehmen in Schach zu halten. Dazu soll nach den Richtlinien der WSIS (Weltgipfel zur Informationsgesellschaft) vorgegangen werden, nach denen über einen multilateralen Ansatz "eine auf Menschen ausgerichtete, integrative und

<u>entwicklungsorientierte Informationsgesellschaft</u>" entwickelt werden soll. – Ob über Online-Beiträge ein wirklich demokratisches System zustande kommen kann, ist kaum anzunehmen. (Red.)

'<u>Just Net Coalition</u>' (JNC) ist ein globales Netzwerk von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich für ein offenes, freies, demokratisches, gerechtes und faires Internet einsetzen. Seine Gründungsprinzipien und Ziele sind in der Delhi-Erklärung (2014) enthalten. (Red.)

Inhalt û

• Diana Johnstone: Der große Vorwand ... für eine Anti-Utopie

Diana Johnstone stellt fest, dass die großen Politik- und Wirtschaftsführer die Pandemie für ihre Zwecke hätten erfinden können, wenn diese nicht zufällig selbst aufgetaucht wäre. Der Gründer des WEF Klaus Schwab und Thierry Malleret stellen in ihrem Buch "Covid 19 – The Great Reset" dar, dass Ihnen die Krise willkommen ist, um die Welt neu zu gestalten. Mit "technokratischem Psychogeschwätz" (D.J.) erläutern sie ihre schon älteren Pläne für eine "4. Industrielle Revolution", die mithilfe von Lobbys, Think Tanks und NGOs umzusetzen ist. Etikettiert wird das auch als Umweltschutz, obwohl es, so Johnstone, das Gegenteil bewirken wird. Sie betrachtet verschiedene Themen wie die Digitalisierung verschiedener Lebensbereiche, Datenspeicherung, Automatisierung menschlicher Funktionen, Modernisierung des Militärs und wägt einige positive und überwiegend negative Aspekte gegeneinander ab. Sie bedauert das überwiegend gleichgültige Volk vor allem in den USA und fordert eine Sozialisierung des privaten Kapitals, wenn dieses seine Investitionsentscheidungen nicht am Volkswohl orientiert.

Christian Fischer bezieht sich in seiner Betrachtung auf den Beitrag von Diana Johnstone und greift deren Vorschläge und Überlegungen auf. Was heißt Sozialisieren? Er erörtert kurz Verstaatlichung, Vergenossenschaftlichung und auch soziale Marktwirtschaft. Dann beschreibt er, dass technischer Fortschritt in der Geschichte oft abseits von demokratischen Entscheidungen entstanden ist, aber trotzdem segensreich wirken konnte. Er beleuchtet die von D.J. behandelten Themen Digitalisierung, Datenspeicherung, Automatisierung, Militarisierung und benennt eigene Überlegungen dazu. Schließlich appelliert er daran, dass die Bürger größere technische Projekte unter ihre demokratische Kontrolle bringen und kleinere technische Neuerungen durch vernünftige Nachfrage steuern müssen. Opposition gegen die lobbygesteuerten Propagandamaßnahmen für eine 4. Industrielle Revolution setzt vor allem eine gute und breite Bildung voraus.

(In der Korrespondenz zu diesem Beitrag schrieb D. Johnstone an C. Fischer: "Eine bessere Antwort auf meinen bescheidenen Vorschlag als die Ihre konnte ich nicht erhalten... Sich mit der Sache auseinandersetzen, Stück für Stück, und nicht: die Realität mit ideologischen Systemen belasten – das ist es genau!" Red.)

<u>Diana Johnstone</u>, Jg. 1934, studierte russische Regionalwissenschaft/Slawistik und promovierte in französischer Literatur, lebt als freie Journalistin für verschiedene US- und internationale Medien in Paris; Autorin mehrerer politischer Bücher zur Politik der USA und EU. (Red.)

Christian Fischer, Jg. 1951, promovierter Ingenieur, zahlreiche Fachpublikationen in Bauphysik; politisch und journalistisch tätig mit Publikationen in den Zeitschriften 'Zeit-Fragen', 'Zeitgeist.online'; Redaktionsmitglied beim 'Bürgerbrief für Frieden und Demokratie'. (Red.)

Inhalt 1े